

94. Vollversammlung

Sitzung am 09.02.2012

Unterlagen zu TOP 7

Antrag 5 Gemeinschaftsschule

Antragsteller: Vorstand

Die Vollversammlung möge beschließen:

Der Landesjugendring Saar begrüßt den Beschluss des Landtags, längeres gemeinsames Lernen in Form einer Gemeinschaftsschule zu ermöglichen. Damit ist ein wichtiger Punkt unserer bildungspolitischen Positionen zumindest zum Teil erfüllt.

Für uns kann das Konzept Gemeinschaftsschule jedoch nur unter folgenden Grundbedingungen funktionieren:

- Bildung ist nicht nur von den Konzepten, sondern maßgeblich auch von der dahinterstehenden Finanzierung abhängig. Deshalb setzt sich der Landesjugendring Saar beim längeren gemeinsamen Lernen für kleinere Klassen und die Einstellung von mehr Lehrer/Innen ein.
- Bildung ist nicht nur Schule. Deshalb muss der Stundenplan so eingerichtet sein, dass auch außerschulische Bildungsarbeit wie in Jugendverbänden möglich ist.
- Bildung ist kein Experimentierfeld. Schülerinnen und Schüler sind keine Versuchskaninchen. Wir fordern eine nachhaltigere Steuerung und ein Ende des Aktionismus, wie er zum Beispiel durch die überhastete Einführung von G8 und die neue Oberstufenreform betrieben wurde.

Bildung muss auf sicheren finanziellen Beinen stehen, deshalb darf Binnendifferenzierung und das Angebot an Wahlpflichtfächern nicht vom Budget, sondern nur von der konzeptionellen Ausrichtung einer Schule abhängen. Nach wie vor unbefriedigend bleibt für uns die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte. Hier sind mehr Angebote zu schaffen, die auf die neuen inhaltlichen Anforderungen der Gemeinschaftsschule eingehen. Nach wie vor halten wir die Verpflichtung zur Weiterbildung von LehrerInnen als unumgänglich. Mehr Lehrpersonal ist ebenfalls Voraussetzung für den von uns geforderten kleineren Klassenschlüssel. Nur so ist beim gemeinsamen Lernen eine angemessene individuelle Förderung der SchülerInnen zu gewährleisten.

Weitere Schließungen von Schulstandorten lehnen wir ab. Kinder und Jugendliche benötigen wohnortnahe Schulen, um unnötige Fahrzeiten zu verhindern. Die Schule möglichst am Wohnort ist ein wichtiger Faktor für ein lebendiges Gemeinwesen, in dem sich Kinder und Jugendliche entfalten können.

Der Landesjugendring begrüßt die Einführung einer wöchentlichen Klassenleiterstunde sowie die Einrichtung eines Fachs für Methodentraining. Dies muss jedoch in praktischer und direkter Verbindung mit dem Fächer-Unterricht geschehen, wo am konkreten Beispiel das Lernen gelernt werden kann.

Bildungspolitik ist kein Experimentierfeld. Die überhastete Einführung von G8 ging zu Lasten der SchülerInnen. Deshalb sollte auch eine Einführung der Gemeinschaftsschule nicht überhastet werden. Gegebenenfalls ist eine Verschiebung der Einführung auf das übernächste Schuljahr zu bedenken. Gerade durch die Bildung einer neuen Landesregierung nach der Neuwahl sind weitere Korrekturen denkbar, die vor – und nicht kurz nach der Einführung der Schulform – umgesetzt werden sollten.